

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die Spalte. Colonne für Arbeitsgesuche 75 Pfg., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluss der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseraten-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Reiszeit

Von Kesselschmied Heinrich Versch.

Ein Erntetag über deutschem Land:
In Reihen die Schnitter stehen,
Den Nacken gebeugt. Und die Arme gehn,
Und die Sense surzt und die Sense klingelt.
Und Schnitt auf Schnitt eine Garbe sinkt.
Seht! fülle, Frucht, jetzt werde, Brot!
Zwischen Saat und Ernte, du mühevollste Zeit!
Wir haben die Arbeit dem Leben geweiht.
Der Tag versinkt in das Abendrot:
Ein Erntetag über deutschem Land.

Durch die Felber bricht eine trohige Schar
Mit gebräuntem Gesicht und blondem Haar.
In treublauen Augen Wehmut und Zorn:
Da liegt unser Weizen, da liegt unser Korn!
Wer schneidet dich, Frucht, wer erhält dich, Brot?
Nun hüte dich, Feind! Wir sind bereit
In der friedlichen Ernte zum Freiheitsstreit:
Wir geben den Schwweiß und das Blut so rot —
Für den Erntetag dem deutschen Land.
Ein Erntetag über deutschem Land:

Nun gegen den Feind, der in einer Nacht
Uns mit seinem Hasse zu Krieger gemacht.
Aus vierzig Jahren Frieden die Kraft
Wächst auf für Deutschland die Leidenschaft,
Jetzt reife zur Frucht. Du Zeit heil'ger Not!
Du Gott des Friedens, zu dem wir vertraut,
Laß uns deine Stärke, auf die wir gebaut,
Deutschland, die Ernte gibt blutiges Brot
Von deinem doppelten Erntetag!

Die Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation während des Krieges

Es wird kaum ein Ereignis in der Welt geben, welches härker wie ein Krieg, das Schicksal des Einzelnen und der Gesellschaft beeinflusst. In der jetzigen Kampfperiode um Sein oder Nichtsein unseres Volkes und unseres Staates, muß jeder größte Ruhe und Besonnenheit üben, damit wir um so leichter über die erste Zeit hinwegkommen. Läßt man die Ereignisse der ersten Kriegswochen an seinem geistigen Auge vorüberziehen, dann muß man zugeteilt, daß nicht überall Kaltblütigkeit regierte. Vielmehr schien es, als ob bei manchen Menschen eine jahrzehntelange Schulungsarbeit vergebens gewesen wäre. Ueberfüllung, plötzliche Preissteigerungen, Zurückhaltung des Handelsgeldes waren heftigste Symptome. Diese Verhältnisse befierten sich erheblich, als auf dem Kriegshauptplatz der Sieg sich an unseren Fahnen festete und die Regierung durch energische Maßnahmen den Lebensmittelpreisen das Wucherhandwerk legte. In diesen ersten Wochen voll Aufregung und Spannung schlossen nicht wenige Unternehmer ihre Betriebe, vermehrten das Heer der Arbeitslosen und trugen so zur allgemeinen Notlage und Verwirrung bei. Ja, es gab sogar da und dort Gewerkschaftler, die glaubten, die Organisation hätte nunmehr keinen Zweck, und daß es das Beste sei, sofort die Beitragszahlung einzustellen, weil sie in ihrer — eines Gewerkschaftlers unwürdigen — Kurzsichtigkeit glaubten, es wäre nun alles aus.

Die bisherigen Vorfälle der deutschen Truppen haben auch diesen Angstimern und Ueberklugen zum Bewußtsein gebracht, daß das deutsche Schwert nichts von seiner alten Schärfe eingebüßt hat und daß unser Wirtschaftslieben seinen gewohnten Gang weiter nimmt. Auch mancher Arbeiter denkt heute über den Nutzen der Gewerkschaftsorganisation anders, wie vor zwei Monaten. Deshalb ist jetzt die Stunde gekommen, wo wir Gewerkschaftler an die Fahnenflüchtigen herantreten müssen, um sie von neuem für uns zu gewinnen. Mit Nachdruck muß den Abgefallenen klar gemacht werden, daß die Organisation gerade während der Kriegszeit das Notwendigste für die Arbeiterschaft ist und daß nur den Verband hochhalten müssen, um nach Eintritt des Friedens eine aktionsfähige Truppe zu haben.

Die Gewerkschaften kommen nicht mit leeren Redensarten, durch die sie ihre Mitglieder gewinnen wollen, sondern sie weisen auf ihre Taten hin und sagen: Seht, Kollegen, das haben wir für Euch erreicht.

In den verflochtenen Kriegswochen haben sich die Gewerkschaften als der Hort und die Stütze der Arbeiterschaft erwiesen.

Mit Beginn der Mobilmachung suchten manche Unternehmer Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen einzuführen. Vielen Belieberten schien der Krieg eine willkommene Gelegenheit zu sein, die Löhne zu kürzen. Darunter befanden sich auch Werke, die für den Kriegsbedarf arbeiteten. Es ist vorgekommen, daß trotz der hohen Arbeitslosenziffer die Arbeitszeit ohne jede Entschädigung verlängert wurde. Zahlreich sind die Fälle, wo selbst Tarifverträge von Arbeitgeberseite durchbrochen wurden. Die schlechte Konjunktur mußten die Kollegen durch ein rücksichtsloses Ausstreuen ihrer Vorgesetzten erfahren. Mit dem Hinweis auf die große Zahl der Stellenlosen, glaubte man den Arbeitern alles bieten zu dürfen. Die Gewerkschaften schützen nach Kräften die Arbeiter gegen die Uebergriffe der Unternehmer. Zahlreich sind die Fälle, in denen durch direktes Eingreifen die Organisationen versuchten, den Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Wo das nichts half,

wurden die Behörden auf die Verhältnisse in den Betrieben hingewiesen, woraus in manchen Fällen Besserung erzielt wurde. Es steht außer Frage, daß die Uebergriffe von Verschlechterungen in den letzten Wochen eines der ehrenvollsten Blätter in der Gewerkschaftsgeschichte bilden wird.

Eine tiefgreifende Begleiternehmung dieser Zeit ist die große Arbeitslosigkeit. Die Gewerkschaften sehen ihr nicht latentlos zu. Arbeitsgelegenheit schaffen, war die Parole. Wo die Unternehmer zu Arbeiterentlassungen schritten, wurde ihnen nahe gelegt, lieber die Arbeitszeit für alle Arbeiter zu kürzen, oder Feterschichten einzulegen, um wenigstens eine teilsweise Beschäftigung zu erzielen. Werken, die mit Tag- und Nachtschicht arbeiteten, wurde empfohlen, eine Dreiteilung des Arbeitstages einzuführen, um Arbeiterentlassungen zu vermeiden oder neue Kräfte einstellen zu können. Wo diese Maßnahmen unzulänglich waren oder keinen Erfolg brachten, wurde von den Gemeinden oder vom Staat die Ausführung von Notstandsarbeiten gefordert. Bleiben trotzdem noch Arbeitslose übrig, dann gewährt ihnen die Organisation die Kriegsnotstandsunterstützung, obwohl die Beiträge nicht so gut wie sonst eingehen. Weil die Gewerkschaftsunterstützung allein nicht ausreicht, andererseits um auch die Unorganisierten nicht ganz dem Elend preiszugeben, wurde auf die Gemeinden eingewirkt, den Opfern der gegenwärtigen Wirtschaftskrise eine Arbeitslosenunterstützung zu gewähren. Heute darf wohl schon gesagt werden, daß das eindringliche Mahnen der Gewerkschaften einer besseren öffentlichen Arbeitslosenfürsorge den Weg gebnet hat.

Aber nicht nur auf diesen Gebieten haben die Gewerkschaften ihre segensreiche Tätigkeit für die Arbeiterschaft entfaltet, sie besserten auch durch ihr Vorgehen manche andere Lebensstände. Als die besten unseres Volkes in den Kampf zogen, brachten es die Händler, vor allem die Großhändler, fertig, das Volk durch Verteuerung der Lebensmittel zu schröpfen. Unerkannt sei, daß sich die Behörden tatkräftig der Konsumenteninteressen angenommen haben. Unseren Gewerkschaften blieb aber noch ein großes Tätigkeitsfeld übrig. Erhebungen wurden angestellt. Rücksichtslos wurde die unbegründete Lebensmittelveruerung an den Pranger gestellt. Den Behörden wurde Material geliefert, um sie zu noch weitergehendem Einschreiten gegen den Lebensmittelhändler zu veranlassen. Wenn der deutsche Konsument an vielen Stellen die Nahrungsmittel nicht noch teurer zu bezahlen braucht, dann hat er das nicht zuletzt der Gewerkschaftsbewegung zu verdanken.

Für die Hinterbliebenen unserer Krieger muß der Staat und die Gemeinden in genügender Weise sorgen. Es wäre der deutschen Nation unwürdig, wenn Frauen und Kinder der Krieger Hunger leiden sollten. Die staatliche Unterstützung reicht oft nicht aus zur Ernährung der Familien unserer Krieger. Manche Gemeinde wollte sich zu einem angemessenen Zuschuß nicht verstehen. In vielen Orten glaubte man die Frage der Bedürftigkeit engherzig auslegen zu müssen. Wiederum griff die Gewerkschaftsbewegung ein und verhalf den Angehörigen der Krieger in manchen Gegenden zu ihrem Rechte.

Wir sehen also, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit unsere Organisationen, vor allem unser christlicher Metallarbeiterverband, Mustergültiges geleistet haben. Unsere Tätigkeit kommt auch den Unorganisierten zugute. Welcher Arbeiter kann es da noch mit sich vereinbaren, an den Früchten der Gewerkschaftsarbeit teilzunehmen, aber nichts dazu beizutragen? Die Gründe, welche den Indifferenten zum Anschluß an die Organisation bewegen, sind durch den Krieg an Zahl und Bedeutung nicht geringer, sondern weit größer geworden. Mögen unsere unerschrockenen Agitatoren in den nächsten Wochen hinausgehen und recht eindringlich die Unorganisierten von der Notwendigkeit der Organisation und des christlichen Metallarbeiterverbandes zu überzeugen suchen.

Weitere Ziele für den Arbeiterschutz in der Großeisenindustrie

Wir haben unsere Leser über die Ergebnisse der Berichte der Gewerbeinspektoren, über die Durchführung der Großeisenverordnung zur Zeit ausführlich unterrichtet. Es sei nur daran erinnert, daß die Ueberarbeits-Statistik vom Jahre 1913, trotzdem die Großeisenindustrie schon damals eine vermindert gute Konjunktur hatte, ein weiteres Steigen der Ueberarbeit und der Sonntagsarbeit nachgewiesen hat. Inzwischen haben die bekannten Verhandlungen stattgefunden zwischen der Regierung und einer Konferenz von Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber der Großeisenindustrie. In Verlauf dessen erschien die neue Bundesratsverordnung mit den Verbesserungen, über die wir ebenfalls unsere Leser orientiert haben. Wenn durch den gegenwärtigen Krieg auch manches in den Hintergrund treten muß, so erwarten wir doch ganz selbstverständlich, daß nach der freigelegten Beendigung dieses Feldzuges die Sozialpolitik und mit ihr auch der Schutz der Großeisenarbeiter weiter energisch betrieben wird. Aber das hindert uns doch nicht, schon heute auf zwei Reformziele aufmerksam zu machen, die mit einer gewissen Naturnotwendigkeit sich aus den Verhältnissen ergeben.

In Conradts „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“, einer sehr angesehenen wissenschaftlichen Zeitschrift, veröffentlicht der Gewerbeinspektor Dr. Friedrich Stryup einen Artikel über „Die Arbeitszeit in der Großeisenindustrie“. Dr. Stryup war früher bei der Düsseldorf-Gewerbeinspektion tätig und jetzt in Osnabrück. Man kann ihn deshalb für einen Fachmann auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes für die Großeisenarbeiter ansprechen, weil er in seiner praktischen Tätigkeit die Möglichkeit erhalten hat, diesen Industriezweig nach allen Richtungen hin kennen zu lernen. Deshalb ist sein Urteil, besonders wenn es in wissenschaftlichem Rahmen erscheint, für uns wertvoll. Aus der sehr guten Darstellung der Arbeitsverhältnisse in der Großeisenindustrie auf Grund der Gewerbeinspektionsberichte und der Ueberarbeitsverzeichnisse verdienen zwei Gedanken Dr. Stryups besonders hervorgehoben zu werden. Ueber den Geltungsbereich der Großeisenverordnung schreibt Dr. Stryup Seite 194 folgendes:

„Die im § 1 der Großeisen-Bekanntmachung vorkommenden Begriffe „Nebenbetrieb“ und „unmittelbarer betriebstechnischer Zusammenhang“ ließen in Einzelfällen noch immer Zweifel über die Abgrenzung des Anwendungsgebietes der Bekanntmachung auskommen. Im Vorjahre war bei einem Großeisenwerke des Regierungsbezirks Osnabrück die Anwendung der Großeisen-Bekanntmachung auf verschiedene Nebenbetriebe des Werkes durch Richterpruch verneint worden. Da nach der Auffassung der zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten das Amtsgericht dabei den Begriff des „unmittelbaren betriebstechnischen Zusammenhangs“ verkannt hatte, wurde im Berichtsjahre gegen dasselbe Werk ein neues Verfahren vor dem Landgericht anhängig gemacht. Das Urteil der Strafkammer erging dahin, daß in dem fraglichen Hüttenwerke die Kokerei, die elektrischen Zentralfür, der Lokomotivbetrieb und die Gleisunterhaltung unter die Großeisen-Bekanntmachung fallen, während die Verladung, die Materialienverwaltung und die Prüfanstalt aus dem Geltungsbereich der Vorschriften auscheiden. Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde vom Reichsgericht durch Erkenntnis vom 13. Januar 1914 verworfen. In den Gründen gibt das Reichsgericht ausführliche Erläuterungen zu den Begriffen „Nebenbetrieb“ und „unmittelbarer betriebstechnischer Zusammenhang“.

Es dürfte aber verfehlt sein, diese in Ansehung eines Einzelfalles erfolgten Ausführungen des Reichsgerichts dahin auszulagern, daß nunmehr in allen Großeisenwerken die Kokereien, elektrischen Zentralen unter die Bekanntmachung fallen, dagegen Verladung, Materialienverwaltung den Bestimmungen nicht unterliegen. Ebenso wie z. B. einzelne mit Großeisenwerken verbundene Kokereien aus besonderen Gründen nicht den Vorschriften unterliegen, finden andererseits die Bestimmungen auf eine große Zahl von Verladungen, Materialienverwaltungen, Prüfanstalten zweifelsfrei Anwendung.“

Der Auffassung Dr. Stryups, daß man dem Urteil des Reichsgerichts auf Grund eines Einzelfalles nicht die Auslegung geben darf, daß nun in allen Großeisenwerken die Verladung und Materialienverwaltung etc. nicht unter die Bestimmungen der Großeisenindustrie fallen, stimmen wir vollständig zu. Wir verstehen überhaupt nicht, wie man die Verladung und den Versand der Produktion nicht in unmittelbarem Zusammenhang des Betriebes gelten lassen will, denn ohne Verladung und Versand gibt es zuletzt auch keine Produktion. Theoretisch läßt sich doch ein Fall vor sich stellen, daß das Reichsgericht auspricht, konstruieren, mit der Praxis steht er aber in Widerspruch. Künstliche Konstruktionen, um einen Nebenbetrieb von den Bestimmungen auszunehmen, müssen mit aller Entschiedenheit bekämpft werden. Bei der Schwierigkeit der Verhältnisse aber wäre es notwendig, eine Erhebung zu veranstalten über die Betriebe, welche ähnlich wie Hütten- und Walzwerksbetriebe mit ununterbrochenen Arbeitszeiten arbeiten und wo die Arbeiten gleich schwer und gesundheitschädlich sind. Wir denken hier vor allem an die Nebenbetriebe der Bergwerke, deren Aufbereitungsanstalten, Kokereien und Briquetwerke. Es wäre gut, wenn die hierbei in Betracht kommenden beiden Verbände, der Metallarbeiterverband und der Bergarbeiterverband, gemeinsam voringen, um entweder für solche Betriebe eine neue Verordnung zu verlangen oder die bestehende Verordnung entsprechend zu ergänzen. Es muß unter allen Umständen verhindert werden, daß durch künstliche Begriffsgehaltung, die von Juristen und nicht von Fachleuten gemacht werden, für Arbeiter die Vorteile der Bundesratsverordnung illusorisch gemacht werden. Sehr bemerkenswert ist dann in dem Aufsatz von Dr. Stryup seine Stellungnahme zur Sonntagsruhe. Er schreibt dazu Seite 207:

Die Gründe für diese ständige Zunahme der Sonntagsarbeit sind zum größten Teile in dem Bestreben mancher Betriebsleiter zu suchen, die Instandsetzungs- und Erneuerungsarbeiten möglichst auf die mehr Bewegungsfreiheit bietenden Sonntags- und Fiertage zu verlegen. Allerdings stehen diesem Bemühen die allgemeinen Sonntagsruhebestimmungen (§ 105b ff. der Gewerbeordnung) entgegen, wonach nur solche Arbeiten an Sonntagen gestattet sind, die an Werktagen nicht vorgenommen werden können. Die Ueberwachung der Durchführung dieser Vorschriften begegnet aber in der Großeisenindustrie ungewöhnlichen Schwierigkeiten. Die Entscheidung, ob die Arbeit am Sonntag vorgenommen werden muß, liegt bei dem Betriebsleiter, der hierfür die strafrechtliche Verantwortung trägt. Die Nachprüfung durch die Gewerbeaufsichtsbeamten kann nur von Fall zu Fall unter eingehender Berücksichtigung aller Begleitumstände erfolgen. Daß bei dieser Sachlage ein größerer Bruchteil der Fälle von Sonntagsarbeit, die im Jahre 1913 die Zahl von fast 1 1/2 Millionen erreichten, nachgeprüft werden kann, erscheint ausgeschlossen. Die Beamten sind auf Stichproben angewiesen. Über auch diese Stichproben sind in ihrer

Verantwortung zu stehen. Es ist zu hoffen, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten durch die Nachprüfung der Fälle von Sonntagsarbeit, die im Jahre 1913 die Zahl von fast 1 1/2 Millionen erreichten, nachgeprüft werden kann, erscheint ausgeschlossen. Die Beamten sind auf Stichproben angewiesen. Über auch diese Stichproben sind in ihrer

Schfolgerungen nicht einfach, denn das Urteil der Beamten kann sich nicht auf die Feststellung beschränken, ob die Sonntagsarbeit überhaupt an Werktagen hätte vorgenommen werden können, sondern bei jeder Sonntagsarbeit ist nachzuprüfen, ob die fragliche Arbeit ohne unverhältnismäßige Unzuträglichkeiten am Werktag ausführbar war.

Dieser Begriff ist so dehnbar, daß die richterliche Entscheidung zumeist zweifelhaft ist. Mittels der allgemeinen Sonntagsruhebestimmungen dürfte daher dem ständigen Anmachsen der Sonntagsarbeit in der Großeisenindustrie nicht wirksam entgegen getreten werden können.

Die neue Bundesratsverordnung wird die Summe der Sonntagsarbeit in Großeisenbetrieben ganz besonders anzeigen und die Öffentlichkeit wird überrascht sein, in welchem Umfange solche Sonntagsarbeit gang und gäbe auf unseren großen Werken ist. Das Wertvollste aber in den Ausführungen von Dr. Spruy ist, daß hier von sachmännlicher Seite anerkannt wird, daß mit den geltenden Sonntagsruhebestimmungen dem Anmachsen der Sonntagsarbeit in der Großeisenindustrie nicht wirksam entgegengetreten werden kann. Auch wir haben diese Auffassung längst vertreten. Wir sind überhaupt der Meinung, daß unsere ganzen Sonntagsruhebestimmungen für die Industrie dringend einer Reform bedürfen. Es ist bedauerlich, daß im Reichstag das Sonntagsruhegesetz durch Ereignisse des Krieges vorerst hinausgeschoben ist. Ebenso wie für Handel und Gewerbe sind auch für Industriearbeiter verschärfte Bestimmungen über die Sonntagsruhe notwendig. Man wird als wichtigste Reformziele für unsere Großeisenarbeiter eine Verringerung dieser Bestimmungen ins Auge fassen müssen. Darauf schon jetzt hinzuwirken, wird uns endlich niemand übel nehmen können, denn wie schon einleitend gesagt, darf die Sozialpolitik nicht nur nicht stille stehen, sondern muß nach dem Feldzug energisch weitergeführt werden.

Wer den Aufmarsch unserer Armee beobachtet hat dem kann nicht entgangen sein, welch prachtvolles Menschenmaterial aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, aus den Maschinenfabriken, den Berg- und Hüttenwerken zu den Fahnen geht. Diese Menschen von herkulischer Gestalt, mit ihren schweißverarbeiteten Händen, gehören zu den tüchtigsten und ausdauerndsten Truppen. An harte Arbeit und Strapazen gewöhnt, ebenso gewöhnt an Temperaturschwel und abgefeuert gegen Witterungseinflüsse, werden diese Arbeiter einen Kernpunkt unserer Truppen darstellen. Um so mehr ist es Pflicht, die gesundheitschädlichen Einflüsse in der Industrie zurück zu drängen und diesen tüchtigen, kampfbereiten Arbeiterstand gesund und kräftig zu erhalten.

Krieg und Dienstvertrag

In weiten Kreisen der Arbeiter und Arbeitgeber begegnet man während der Kriegszeit einer ganz verschwommenen oder gar dem geltenden Recht zuwiderlaufenden Auffassung in dem sehr wichtigen Punkte der sofortigen Entlassung. Es sei deshalb nochmals folgendes darüber ausgeführt:

1. Dienstpflichtige aller Art können ohne Kündigung sofort entlassen werden, wenn sie zum Kriegsdienst abberufen werden (nicht schon wegen Gestellungspflicht, z. B. Anmeldung zur Landsturmrolle, Aushebung).
2. Gewerbliche (und ihnen gleichgestellte andere Arbeiter), die kein festes Arbeitsverhältnis auf längere Zeit abgeschlossen und die nicht mehr als 14tägige Kündigung haben, können wegen des Krieges nicht entlassen werden, selbst dann nicht, wenn der Arbeitgeber infolge des Krieges seinen Betrieb nicht fortführen und infolgedessen die Dienste seiner Leute nicht verwenden kann. Letztere haben auf jeden Fall Anspruch auf den Lohn der Kündigungsfrist, es sei denn, daß sie es böswillig unterlassen haben, anderweit Arbeit zu nehmen. Dieses muß aber der Arbeitgeber

berweisen, falls er sich darauf beruft. Für die Entlassung der genannten Arbeiterkategorien nämlich lediglich die im § 123 der Gewerbeordnung aufgeführten Gründe in Frage. Unter diesen ist aber kein einziger, der mit dem Kriege in Verbindung gebracht werden kann. 3. Gewerbliche Arbeiter, die von vornherein auf längere Zeit angestellt sind oder die eine längere als 14tägige Kündigungsfrist haben, sowie die Angestellten (Werkmeister, Techniker etc.) können sofort entlassen werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ist ein solcher wichtiger Grund der Krieg? Die Antwort auf diese bedeutsame Frage läßt sich richtig nur dahin geben, daß man sagt: Er kann es sein — kann es auch nicht sein. Es kommt eben darauf an, welche Bedeutung der Krieg für die Parteien des einzelnen Dienstvertrages hat. Ist diese für den einen oder anderen Teil derartig, daß ihm die Fortsetzung des Dienstverhältnisses nach verständigem Ermessen nicht zugemutet werden kann, so ist er zur Auflösung desselben berechtigt.

Steht also der Dienstberechtigte eines Dienstpflichtigen, der lediglich dessen Person zu versorgen oder lediglich unter dessen alleiniger Mitwirkung und Leitung arbeitete und auch vertraglich arbeiten sollte, ins Feld, so wird man einen wichtigen Grund zur sofortigen Beendigung des Dienstverhältnisses für vorliegend erachten müssen. Ist aber das Dienstverhältnis derartig, daß es dieses nahezu verlässlichen Zuges entbehrt, daß also der Dienstberechtigte die Dienste auch durch einen Vertreter entgegennehmen kann oder gar früher schon entgegengenommen hat, so ist seine Einberufung kein Grund zur sofortigen Auflösung des Vertrages. Viele Dienstpflichtige sind entlassen worden weil der Krieg zu einer Verringerung der Geschäftsvhältnisse zur Einschränkung oder gar gänzlichen Niederlegung des Betriebes führte. Diese Entlassungen sind nur zum Teil gerechtfertigt, nämlich nur dann, wenn Umstände von Außen her an den Dienstberechtigten herantraten, die ihm eine Weiterführung des Betriebes im alten Umfange objektiv unmöglich machten, z. B. Mangel an Rohstoffen wegen Abschneidung der Verbindungen, Unmöglichkeit der Beschaffung von Brennmaterial und Betriebskraft, Unmöglichkeit der Fortführung im alten Umfange wegen unverschiedenen und auf andere Weise nicht zu beseitigenden Mangels wichtiger Arbeitskräfte infolge der Mobilmachung.

Nicht aber vermag die sofortige Entlassung zu rechtfertigen die durch den Krieg etwa herbeigeführte Erhöhung der Schwierigkeit der Fortführung des Betriebes, des Abfluges, des Risikos. Selbst die Fortführung des

denzeiten selbst im Falle eines Konkurses das Dienstverhältnis mit dem Personal des Gemeindefiskus nur unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist gekündigt werden.

Bei den Gewerbeurteilen prüft hier und da in der Beurteilung der Frage nach Schadenersatz wegen Entlassung der § 323 BGB.

Wird die aus einem gegenseitigen Verträge dem einen Teil obliegende Leistung infolge eines Umstandes unmöglich, den weder er noch der andere Teil zu vertreten hat, so verliert er den Anspruch auf die Gegenleistung.

Dieser Paragraph kommt aber für die Entlassung des Arbeiters richtiger Weise gar nicht in Betracht. Es ergibt sich das u. a. schon daraus, daß beim Arbeitsvertrag auf der einen Seite Geld, auf der anderen Seite Arbeitskraft geleistet wird. Keine dieser Leistungen wird durch den Krieg unmöglich. Uebrigens ist unverschuldeter Geldmangel stets zu vertreten. (§ 279 BGB.)

Unsere Kollegen mögen sich diese Ausführungen merken und danach handeln, wenn aus Gründen, die aus der jetzigen Lage hervorgehen, eine sofortige Entlassung über sie verfügt werden sollte.

Allgemeine Rundschau

Niedrige Viehpreise — hohe Fleischpreise

In Nr. 40 unseres Verbandsorgans hatten wir dargelegt, in wie ungerechtfertigter Weise die Viehpreise von den Mätlern in die Höhe getrieben wurden. Sie scheuten sich nicht, in dieser schweren Zeit mit diesem so notwendigen Lebensmittel Wucher zu treiben. Wehnlich verhalten sich auch die Dinge auf dem Fleischmarkt. Dort sind seit Ausbruch des Krieges die Fleischpreise ganz beträchtlich gestiegen. Die Verteuerung dieses Nahrungsmittels läßt sich angesichts der heutigen Lage des Viehmarktes in keiner Weise rechtfertigen. Im Gegenteil: statt einer Erhöhung hätte eine Herabsetzung der Fleischpreise, insbesondere der Schweinefleischpreise, eintreten können. Eine solche Herabsetzung muß auch jetzt noch dringend gefordert werden. Die Preise der Schweine sind seit dem vorigen Frühjahr ständig gesunken, auch noch nach dem Kriegsausbruch, und haben einen Tiefstand erreicht, wie er seit Jahren nicht mehr zu verzeichnen war. Als typisches Beispiel für die Preisgestaltung auf dem Schweinemarkt seien die Notierungen des Kölner Schlacht- und Viehhofes angeführt: Im Februar 1913 kosteten die Schweine in Köln 74 bis 81 Mark, im Juli 1914, also vor der Mobilmachung, 48 bis 57 Mark, nach der Mobilmachung wurden die Schweine auf dem Kölner Viehmarkt verkauft: am 24. August für 47 bis 56 Mark, und Anfangs September waren die Preise für erste Qualitäten noch unter 55 Mark heruntergegangen. So niedrig haben die Preise für Schweine seit Jahren nicht mehr gestanden, so daß die Schweinemäster allseitig über Unrentabilität klagen.

Trotzdem sind die Schweinemäster fast überall während der Mobilmachung noch dazu übergegangen, die Fleischpreise im Kleinverkauf zu erhöhen; sie haben sich nicht gekümmert, in dieser Zeit, wo fast alle Berufsstände schwere materielle Verluste erleiden, oder freiwillig große Opfer bringen, sich auf Kosten der breiten Volksmassen zu bereichern. Diesem gewissenlosen Treiben muß ein Riegel vorgezogen werden, und zwar mit durchgreifenden Maßnahmen. In einzelnen Städten und Landbezirken sind auf Drängen der Konsumenten gesetzliche Höchstpreise von den Behörden festgesetzt worden. Umträge in diesem Sinne überall von unseren Arbeiterorganisationen an die Behörden gestellt werden, um die Lebenshaltung des Volkes zu erleichtern und dem Wucher mit Fleischwaren vorzubeugen.

Das Geld des kleinen Mannes

Als vor einigen Wochen der Aufruf zur Zeichnung für die deutsche Kriegsanleihe an unser deutsches Volk erging, zeigte sich abermals der freudige Mut, alles daran zu setzen, um das Reich zu unterstützen. In kürzester Frist waren 4,5 Milliarden Kriegsanleihe gezeichnet. Vielleicht ist damit

Pünktlichkeit
in der Zahlung der Beiträge
während des Krieges ist
Ehren = Pflicht
eines jeden Kollegen.

Betriebes unter Verlust ist kein Entlassungsgrund. Ist es doch umgekehrt für den Arbeiter auch kein Auflösungsgrund, wenn er in den Tagen der Hochkonjunktur Gelegenheit zum Abschluß eines weit vorteilhafteren Arbeitsvertrages findet, kann doch, ferner, was hier noch erwähnt sein mag, in Frie-

Vaterland!

Mit eisernen Schlägen ist dieses Wort in unsere Herzen eingeschlämmt worden. In einer langen Friedenszeit kaum beachtet, weil es selbstverständlich war, oft mit Unschlüssen genannt, hat der Sturmwind, der jetzt durch die Welt weht, alle Mäkel, alles Kleine fortgenommen, und so hoch und hehr steht der Name „Vaterland“, daß man sich einen größeren Namen hier auf Erden kaum ausdenken kann. Hört, wie erhaben vor hundert Jahren der deutsche Kernmann Ernst Moritz Arndt über das Vaterland sprach:

„Wo dir Gottes Sonne zuerst schien, wo dir die Sterne des Himmels zuerst leuchteten, wo seine Blitze dir zuerst seine Allmacht offenbarten und seine Sturmwinde dir mit heiligem Schreien durch die Seele brausten, da ist deine Liebe, da ist dein Vaterland.“

Wo das erste Menschenauge sah lebend über deine Wiege neigte, wo deine Mutter dich zuerst mit Freuden auf dem Schoße trug und dein Vater dir die Lehren der Wahrheit und des Christentums ins Herz grub: da ist deine Liebe, da ist dein Vaterland.

Und seien es kahle Felsen und öde Inseln, und wohnen Armut und Mähe dort mit dir: du mußt das Land ewig lieb haben; denn du bist ein Mensch und sollst nicht vergessen, sondern behalten in deinem Herzen.

Da ist Freiheit, wo du leben darfst, wie es dem tapfern Herzen gefällt; wo du in den Sitten und Weisen und Gesetzen der Väter leben darfst; wo dich beglückt, was schon deinen Vorfahren beglückte, wo keine fremden Hecker über dich gebieten und keine Treiber dich treiben, wie man das Vieh mit dem Stecken treibt. Dieses Vaterland und diese Freiheit sind das Allerheiligste auf Erden, ein Schatz, der eine unendliche Liebe und Ehre in sich verschließt, das edelste Gut, das ein guter Mensch auf Erden besitzt und zu besitzen begehrt.“

Kraftwagen im Kriege

In Nr. 38 unseres Verbandsorgans haben wir die Bedeutung der Eisenbahnen besprochen und ihre ungeheure Wichtigkeit für die Truppentransporte, Nachschube usw. gesehen. Nun tritt aber oft die Unmöglichkeit ein, die Eisenbahnen weiter zu benutzen. Man sah sich deshalb nach einem Hilfsmittel um, welches die Eisenbahnen zum Teil ersetzen konnte. Dieses Hilfsmittel war der Kraftwagen. General der Infanterie von Bessler schildert in seinem Buche: „Krieg und modernes Verkehrswesen“ die Bedeutung der Automobile im Kriege und

„Wo die Möglichkeit aufhört, die einem Heere im Felde nachgeforderten Güter mit Eisenbahnen weiter zu befördern, wo es sich also namentlich um die Verteilung dieser Güter auf die einzelnen Truppenkörper handelt, setzt der Kraftwagen ein. Der Gedanke, das Jagtier zu verdrängen und an dessen Stelle einen Motor zu setzen, ist zwar nicht neu, aber erst neuerdings ist dieser Ersatz des Jagtieres durch den Motor gelungen. Die Versuche, die die Engländer im Krimkrieg mit durch Dampf betriebene Straßenlokomotiven anstellten, sind die ersten Vorläufer der Verwendung von Motoren für die Zwecke des militärischen Transportwesens gewesen.“

Die Entwicklung der Feld- und Förderbahnen ließ das Interesse an der Straßenlokomotive erlahmen, und der Zug auf der Straße mit Hilfe mechanischer Kraft spielte erst wieder eine Rolle, als der Explosionsmotor sich entwickelte. Ende des vorigen Jahrhunderts begann man den Bau von Kraftlastwagen, zunächst mit wenig Erfolg. Die Verbesserungen auf dem Gebiete des Motorenbaues führten zur Schaffung von Kraftlastwagen, die auch für schwere Lasten und damit für die Zwecke des Heeres geeignet sind. Zur Zeit ist ein gewisser Abbruch erreicht, es ist ein Antriebszug angenommen, der aus einem Kraftwagen mit einem Anhänger besteht. Bei den schnellen Fortschritten, die die Technik des Kraftwagenbaues macht, würde es falsch sein, wenn die Heeresverwaltung große Bestände von Lastzügen im Frieden anzuhäufen würde; ihre Bauart würde veralten, ohne daß sie abgenutzt worden wären. Die Heeresverwaltung unterstützt deshalb die Großbetriebe des Gewerbes, die solche Lastzüge verwenden, wobei sie ihnen als Gegenleistung für diese Unterhaltung die Verpflichtung auferlegt, ihre Lastzüge im Kriegsfall dem Heere zur Verfügung zu stellen. Bis 1910 betrug die Zahl der so bereit gehaltenen Lastzüge bereits etwa 500. Besondere Formationen bestehen noch für die Heereskavallerie und für Sanitätszwecke.

Die militärische Brauchbarkeit des Kraftwagens beruht auf der Güte und Zuverlässigkeit der Motoren. Der Wert der Lastfahrzeuge zeigt sich namentlich auf dem Gebiete des Etappenwesens, wo eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben in der Regelung des Ueberganges der Güter von einem Beförderungsmittel auf das andere besteht. Der Etappendienst kann heute die ihm zukommenden Aufgaben nur mit Hilfe der neuesten Beförderungsmittel erfüllen. Nicht weniger wichtig als die Kraftlastwagen für die Verteilung der Güter an die Truppen sind aber die Personenzufahrten für die Zwecke der Heeresführung, namentlich für die Befehls- und Nachrichtenübermittlung. Voraussetzung für ihre Verwendung ist freilich das Vorhandensein eines gut entwickelten Straßennetzes: Zur Beförderung von Städten, zur schnellen Ueberbringung von Brief-

schaften und Befehlen, die nicht zur Uebermittlung durch den Draht oder auf drahtlosem Wege geeignet sind, dienen zweibis sechsstellige Kraftwagen, die namentlich für den letztgenannten Zweck das Fahrrad zu verdrängen beginnen. Besondere Vorteile haben die Stäbe von der Benutzung der Kraftwagen; anstatt die Truppen auf ihren langwierigen Märschen begleiten zu müssen, können sie den von den Truppen in einem Tage zurückgelegten Weg in Bruchteilen von Stunden machen. Dadurch gewinnen sie Zeit zur Ausarbeitung ihrer Pläne und Befehle. Auch beim Wechsel der Stellung während der Schlacht ist der Kraftwagen für die Leitung des Heeres von größtem Wert. Namentlich wird dadurch auch der lange, den Führer ermüdende Ritt von einer Stellung zur anderen ausgeschaltet, doch muß sich der höhere Truppenführer trotzdem seine Leistungsfähigkeit zu Pferde erhalten, im Falle der Kraftwagen einmal verjagt.

Die neuesten Verkehrsmittel haben Gesichtspunkte in die Technik der Kriegführung hineingetragen, die ihr früher fremd waren. Sie haben die Glieder des Heeres verwickelter gemacht und die Arbeit der Truppenführer erheblich erschwert. Dafür bieten sie aber die Möglichkeit, Heeresmassen einzusetzen, vor deren Größe die alten Hilfsmittel versagen würden. Die Bedürfnisse des Friedens haben zur Entwicklung der Verkehrswege, insbesondere der Eisenbahnen geführt, der Krieg nutzt sie für seine Zwecke aus. Die ersten Entscheidungen fallen heutzutage, wenn der Krieg kaum erklärt ist, weil die Entfernungen durch die neuzeitlichen Hilfsmittel verringert worden sind. Das große Verkehrsnetz, das die Heere aus den Kampfplatz gebracht hat, führt ihnen auch ihre Verpflegung und ihre Kampfmittel zu, es entlastet sie von Kampfunsfähigen und Gefangenen; überall greifen die Mittel des modernen Verkehrs helfend, fördernd, vermittelnd ein, sie dienen dem Transport der Massen ebenso wie ihrem Unterhalt, sie scheinen in einem heutigen Kriege unentbehrlich. Sie wirken mit bei der Vorbereitung der Operationen, ihrer Leitung, der Erhaltung und Erneuerung der Streitkräfte und sind also wichtige Hilfsmittel der Kriegführung.“

Der große Bedarf an diesem neuen bedeutenden Verkehrsmittel im Kriege kommt natürlich der Automobil-Industrie zugute. Mit ihr dürfte auch die Motorenindustrie einen Aufschwung erfahren. Unsere Kollegen, die in diesen Werken arbeiten, sollen es als ihre Pflicht betrachten, jetzt unter Einsatz aller ihrer Kräfte für die Weiterentwicklung des Verbandes in jenen Industrien zu arbeiten. Die Kollegen, die im Felde stehen, verlangen mit Recht von allen anderen Kollegen, die noch beschäftigt sind, daß sie alles tun, um den Verband zu fördern, damit er auch nach dem Kriege Stütze und Hilfe der Arbeiterschaft ist.

die letzte Hoffnung der Engländer zunichte geworden, nämlich die Hoffnung der englischen Krämern auf den größeren Geldsack. Nicht mit Blut und „blauen Bohnen“ gedenken sie den Sieg zu erringen, sondern mit den letzten 100 Millionen. Hat Deutschland Geld, genug Geld zu solchem Krieg? Die Frage wird in den letzten Wochen namentlich in England, auch wohl in Frankreich erörtert und verneint worden sein. Nun ist mit der Zeichnung der 4 1/2 Milliarden eine Tatsache geschaffen worden, mit der alle rechnen müssen. Wir wollen auch finanziell durchhalten und wir können es.

Deutschland ist reicher, als mancher dachte. Und es gibt auch viel mehr sogenannte „kleine Leute“, die in diesem Augenblick etwas einlegen könnten. Mit dieser Tatsache müssen sich alle Parteiprogramme abfinden. Gewiß haben öffentliche Korporationen und die Organisationen der privaten und öffentlichen Versicherungen, haben Sparkassen und Berufsgenossenschaften, Landesversicherungsanstalten, städtische und kommerzielle Stiftungen, Banken usw. ganz gewaltige Summen gezeichnet. Jedes wird auch von der „Frankfurter Zeitung“ über eine merkliche Zurückhaltung sehr reicher Leute geklagt. Die „Kleinen“ haben im Verhältnis zu ihrem Können mehr gezeichnet. Wohl nicht in Rücksicht auf die gute Verzinsung, sondern aus vaterländischem Empfinden heraus.

Es ist unter den Daheimgebliebenen nicht gerade so wie unter den Kriegern. Daheim im Kleinkram des Alltäglichen verliert sich leicht der große Zug. Die kleinen Leute erweisen sich im Vergleich und im Opfern als die Größeren. Seht, wie sie untereinander sich helfen und das Weulge teilen. Und wie die anderen manchmal feilschen um den Groschen. Wenn es nur daheim, im Bettelstreu um die große Sache des Vaterlandes, allerorts so kameradschaftlich herginge wie im Felde!

Aus Wirtschaft und Technik

Zur Wirtschaftslage im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet

Im Gegensatz zu manch anderen Industriegebieten hat das rheinisch-westfälische Gebiet, das sogenannte Ruhrrevier, wenig oder gar nicht unter Arbeitslosigkeit zu leiden. Die vorhandenen Arbeiter finden Beschäftigung, wenn auch bei Eintritt des Krieges Störungen eingetreten waren.

Das Organ der Großindustrie, die Rheinisch-Westfälische Zeitung, entwirft über die gegenwärtige Kriegskonjunktur folgendes Urteil, das von allgemeinem Interesse sein dürfte: „Nachdem 2 Monate Kriegszeit verlossen, beanspruchen die Wandlungen, die sich in unserem Wirtschaftsleben unter dem Einfluß des Krieges vollzogen haben, erhöhte Aufmerksamkeit. In erster Linie sind es die großen Industriebetriebe mit ihren Hunderttausenden von Arbeitern, die von dem Ausbruch der Feindseligkeiten und von der erfolgten Mobilisierung am stärksten und unmittelbarsten betroffen wurden. Etwa 40—50 Prozent ihrer wehrfähigen Mannschaften mußten unter die Fahnen treten. Besonders einschneidend wirkte bei den industriellen Unternehmungen die Einberufung des Landsturms, denn dadurch wurden ihnen die geschultesten und leistungsfähigsten Arbeitskräfte entzogen und zugleich der Prozentsatz des Abgangs um weitere 10 Prozent erhöht, wodurch kleinere Werke im Sauerland und Siegerland bis zu 66 Prozent ihrer Arbeiter abgeben mußten. Aber ebenso einschneidend wirkte auch die vollkommene Störung des Verkehrswesens, die vorübergehend sogar einen Teil der Werke zur vollständigen Einstellung des Betriebes zwang. Im großen und ganzen hat der Mobilisierungsmonat die Produktion durchschnittlich auf ein Drittel der vor dem Kriege bestandenen Produktionsmöglichkeiten herabgedrückt. In unserem rheinisch-westfälischen Industriebezirk mit seinen 1/2 Millionen Arbeitern hat man bei der Mobilisierung insofern etwas Rücksicht wahren lassen, als man von der Einziehung des Landsturms abgesehen hat. Dadurch hat der Arbeiterabgang durchschnittlich 40 Prozent wohl nicht überschritten, ist meistens sogar darunter geblieben und beträgt nicht mehr wie ein Drittel der Belegschaft. Dementsprechend haben sich auch die Abgabemöglichkeiten im August gestaltet, d. h. nur für solche Werke, die überhaupt zu liefern imstande waren. Denn es waren bekanntlich nur Lieferungen für Heereszwecke freigegeben. Das Kohlenyndikat hatte einen Abgang von 33,35 Prozent im August, der Roheisenverband einen solchen von 22 Prozent. Bei den großen gemischten Stahlwerken wird sich der Verband nach den uns gewordenen Angaben auf etwa 30 Prozent im August stellen. Nachdem der Verkehr wieder aufgenommen, und nachdem besonders auch das bestehende Ausfuhrverbot für die wichtigsten Eisenzeugnisse wieder aufgehoben ist, hat man im September durchweg wieder mit einer Steigerung des Verbandes zu rechnen. Das Kohlenyndikat wird voraussichtlich 55 Prozent seiner Belegungen im September abgeben, der Roheisenverband etwa 45 Prozent; die großen Hüttenwerke rechnen ebenfalls auf die Hälfte ihres früheren normalen Verbandes zu kommen. Für die folgenden Monate wird vielleicht noch mit einer kleinen Besserung zu rechnen sein, so daß etwa 60 Prozent herauskommen werden. Stärker wird dann aber die Leistungsfähigkeit kaum werden, denn sie findet ihre natürliche Schranke an der zusammengeschmolzenen Arbeiterschaft und an der dadurch bedingten Einschränkung des Betriebes. Sowohl bei den Zechen wie bei den Hütten und Walzwerken sind die zurückgebliebenen Arbeiter zu einer Schicht vereinigt. Es findet nur Tagebetrieb statt, während zur Nachtzeit die Werkstätten ungenutzt still liegen müssen. Daß dadurch eine erhebliche Verteuerung des Betriebes eintritt, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Daß es für die Werke eine Möglichkeit geben wird, ihren Arbeiterstamm wesentlich zu ergänzen, ist kaum anzunehmen. Wo die Möglichkeit vorhanden ist, wird sie vorderhand einschneidende Bedeutung nicht gewinnen und eine Ausdehnung der Arbeitszeit auf Tag- und Nachtschichten nicht herbeiführen können, selbst wenn die entsprechenden Mehr-Aufträge eingehen würden.“

Das erfreulichste ist, daß der Abgang sowohl der Kohlen wie der Erzeugnisse der Großindustrie sich bedeutend vermehrte. Die Abgabesteigerung von 33 und 22 Prozent auf 55 und 45 Prozent zeigt, daß sich unser Wirtschaftsleben bedeutend gebessert hat. Für die Zukunft rechnen die Hüttenwerke sogar mit einem Abgang von 60 Prozent. Zu wünschen ist, daß die Besserung der Wirtschaftslage auch auf die anderen Erwerbszweige sich ausbreitet.

Neue Panzerplatten-Pressen

In dieser Zeit, in der alle Augen auf unsere Kriegsstärke hingelenkt sind, wird man oft Vergleiche ziehen zwischen den Panzerplatten, die die deutschen Kriegsschiffe umhüllen, und

den englischen. Wir wissen, daß unsere Panzer bestes Material sind und ihre Bearbeitung nichts zu wünschen übrig läßt. Der nie raufende deutsche Gießt hat aber eine neue Panzerplattenpresse erfunden, über die Professor Dr. Schlesinger, Berlin, wie folgt schreibt: „Mit der 12 000 Tonnen-Pressen können Blöcke bis zu einem Gesamtgewicht von 120 Tonnen und mehr verarbeitet werden. Vor und hinter der Presse werden Verschiebeteilen angeordnet, auf denen die Blöcke wie bei einem Blechwalzwerk in die Presse hinein- und wieder herausgebracht werden. Zu der Pressanlage gehört eine Treibvorrichtung und ein Vorfüllbehälter. Die Dampftriebvorrichtung besteht in der Hauptsache aus einem Dampfzylinder und einem unter diesem befindlichen Pumpenzylinder. In dem Dampfzylinder wird mit 8 bis 12 Atmosphären Druck ein Kolben nach aufwärts bewegt, der durch seine im Pumpenzylinder geführte und auf Zug beanspruchte Kolbenstange einen Wasserdruck bis 600 Atmosphären erzeugt, der durch Rohre zum Hauptzylinder der Presse geleitet wird. Das Pressquersstück wird durch besondere Rückzugszylinder wieder hochgezogen, denen von unten Dampf zugeführt wird. Ein Steuermann kann die ganze Presse mit vier Hebelstellungen bedienen. Der dritte Teil der Anlage, der Vorfüllbehälter, soll die Leerwege der Presse, auf denen kein Druckwasser gebraucht wird, ausfüllen. Er speichert beim Hochgehen des Quersstückes das aus dem Hauptdruckzylinder austretende Wasser auf und füllt beim Niedergang den Druckzylinder bis zu dem Augenblick, wo das Quersstück das Werkstück berührt. Erst dann tritt das eigentliche Druckwasser von 600 Tonnen in Tätigkeit, und zwar nur während der Dauer des Eindrückes, so daß mit einer solchen Schmelzpressenanlage außerordentlich wirtschaftlich gearbeitet wird und der Kraftaufwand der jeweiligen geleisteten Arbeit entspricht. Da ferner immer mit derselben Wassermenge zwischen Vorfüllbehälter und Presse gearbeitet wird, ist der Wasserverbrauch sehr gering. Die Presse erhebt sich auf einem Fundament von 8x6 Quadratmeter bis zu einer Höhe von etwa 15 Metern. Die ganze Presse wiegt ungefähr 1000 Tonnen, das Unterteil 350 Tonnen, das Ober- teil 300, das Druckstück 200 Tonnen, die vier Säulen mit Muttern rund 200 Tonnen. Die gesamte Anlage wiegt rund 2000 Tonnen. — Als ein weiterer Vorteil der Schmelzpresse gegenüber dem Hammerwerk wurde erwähnt, daß das Hammerwerk nach § 16 der Gewerbeordnung der Genehmigung durch den Stadt- oder Kreisrat bedarf, während die Schmelzpressen, die fast geräuschlos arbeiten, nicht zu den Hammerwerken gehören, die der Gewerbeordnung unterliegen.“

Gelübde.

Von Friedrich Schlegel.

Es sei mein Herz und Blut geweiht,
Dich, Vaterland, zu retten!
Wohlan, es gilt, du seist befreit!
Wir sprengen deine Ketten!
Nicht fürder soll die arge Tat,
Des Fremdlings Uebermut, Verrat
In deinem Schoß sich betten!

Wer hält, wenn frei das Herz noch schlägt,
Nicht fest an deinem Bilde?
Wie kraftvoll die Natur sich regt
Durch deine Waldgefilde,
So blüht der Fleiß, dem Neid zur Qual
In deinen Städten sonder Zahl
Und jeder Kunst Gebilde.

Der deutsche Stamm ist alt und stark,
Voll Hochgefühl und Glauben.
Die Treue ist der Ehre Mark,
Wankt nicht, wenn Stürme schrauben.
Es schafft ein erster, tiefer Sinn
Dem Herzen solcher Hochgewinn,
Den uns kein Feind mag rauben.

Belanntmachung des Vorstandes

Von verschiedenen Ortsgruppen wurde der Wunsch ausgeprochen Kriegsfondsmarken im Werte von 25 und 10 Pfg. zu beschaffen. Der Wunsch wurde begründet mit dem Hinweis, daß eine große Anzahl Kollegen nicht voll beschäftigt sei, die gerne eine 10 oder 25 Pfg. Marke die Woche kaufen würden, aber höhere Marken zu kaufen nicht in der Lage wären. Der Vorstand hat dem Wunsche Rechnung getragen. Die Ortsvorstände werden ersucht, soweit Bedarf vorliegt, Bestellungen an die Centrale zu richten. Von den Mitgliedern, welche volle Beschäftigung haben, muß natürlich erwartet werden, daß sie mindestens eine Marke zu 50 Pfg. oder eine Mark pro Woche einlösen je nach der Höhe ihres Verdienstes. Die Sammlung soll den Kriegsteilnehmern unseres Verbandes oder deren bedürftigen Frauen zu gute kommen.

Die Vorstände der Ortsgruppen werden hiermit an die baldige Anfertigung und rechtzeitige Absendung der Abrechnung vom 3. Quartal erinnert.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 11. Oktober, der zweimonatliche Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis zum 17. Oktober fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Barmen. Schon vor Ausbruch des Krieges war der Beschäftigungsgrad im Wuppertale und im Belberter-Heiligenhauser Schloßrevier nicht gut. In vielen Betrieben wurde damals schon mit Ausfertigen und Feierschichten gearbeitet. Nach Ausbruch des Krieges wurden eine ganze Reihe Betriebe vollständig geschlossen. Die Arbeitslosigkeit stieg dadurch bedeutend. In Barmen allein meldeten sich in den ersten Tagen 7000 Arbeitslose auf dem städtischen Arbeitsnachweis. Jedoch dürfte die

Zahl kaum maßgebend sein, denn erfahrungsgemäß lassen sich leider nicht alle Arbeitslose in die Listen des Arbeitsnachweises eintragen. Ein zuverlässigeres Bild zeigen die Abmeldungen bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Barmen. Bis zum 28. August waren 19 000 Abmeldungen erfolgt. Hinzu kommt noch der Abgang bei den Betriebs- und Innungsämtern. Rechnet man die Zahl der zum Militär Eingezogenen ab, so sind jetzt in Barmen mindestens noch 10 000 Arbeitslose vorhanden. In den beiden letzten Wochen hat die Arbeitslosigkeit infolge zunehmender Beschäftigung nachgelassen, ist aber immerhin noch groß.

Barmen hat mit seiner eigenartigen Industrie besonders hart unter dem Kriege zu leiden, denn das Ausland war der beste Kunde für unsere Erzeugnisse. In einigen Betrieben, die noch voll arbeiteten, kürzte man den Arbeitern den Lohn, so daß die Arbeiter mit 9—10 Mk. am Lohnstage nach Hause gehen mußten. Eine solche Handlungswelt voll beschäftigter Betriebe fordert den schärfsten Protest heraus. Diese Maßnahmen werden den Arbeitern erneut zeigen, daß ihr Platz nur in der gewerkschaftlichen Organisation sein kann. Ihr Wert hat sich gerade in diesen ersten Monaten gezeigt. Durch ihre Einrichtungen war es ihr möglich, sich zuerst der arbeitslosen Kollegen anzunehmen und ihnen Unterstützung zu gewähren. Heute bedauern die Unorganisierten, daß sie nicht dem Rufe der Organisation gefolgt sind. Tausende, welche glaubten, keine Organisation notwendig zu haben, weil sie eine „Lebensstellung“ hatten, sind jetzt eines Besseren belehrt worden. Treffend kennzeichnet die „Barmer Zeitung“, die sicher nicht allzu gewerkschaftsfeindlich ist, in ihrer Nummer vom 15. August den Wert der gewerkschaftlichen Organisation, indem sie schreibt: „Die in Friedenszeiten oft genug als lästige Störenfriede empfundenen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterorganisationen erweisen sich jetzt im Kriege als überaus vollkommene und starke Schutzorte gegen Massennot. Kein organisiertes Arbeitsloser braucht sich in diesen schlimmsten Wochen verlassen vorzukommen. . . Der Organisationsgedanke, der in unserer deutschen Arbeiterchaft so großen Einfluß gewonnen hat, bedeutet jetzt in der Kriegszeit einen ungeahnten Segen für die minder bemittelten Massen unseres Volkes.“

Ein Lob aus solchem Munde zeigt voll und ganz den Wert der Gewerkschaften an, das sich alle merken sollten. Die Unorganisierten müssen jetzt, wo ihr Platz ist.

Im Belberter-Heiligenhauser Schloßrevier haben ein Teil der Fabrikanten ihre Betriebe geöffnet, jedoch lassen sie nur zwei bis drei Tage in der Woche arbeiten. Auch hier ist die Arbeitslosigkeit groß. Lobend muß aber erwähnt werden, daß der Bürgermeister von Belbert sich die größte Mühe gibt, um Arbeitsgelegenheit nach auswärts zu beschaffen. Der Belberter Fabrikantenverein wandte sich darauf an die Firma Krupp mit dem Ersuchen, keine Facharbeiter von Belbert einzustellen. Die Fabrikanten befürchten, nach Beendigung des Krieges ihre Facharbeiter zu verlieren. Gegen eine solche Handlungsweise muß energisch Front gemacht werden, damit diesem Fabrikantenverein wirksam gezeugt wird, wie die Dinge liegen. Das Vorgehen des Fabrikantenvereins läßt dessen Vaterlandsiebe in dieser schweren Zeit in sehr eigentümlichem Lichte erscheinen. Das wird man nicht vergessen.

Von der Verwaltungsstelle Barmen sind 135 Kollegen zum Heeresdienst eingezogen. Die Vorstands- und Vertrauensmännerposten der Eingetretenen sind erledigt. An alle Kollegen ergeht der Ruf: Setzt durch treues Zusammenhalten und erhöhte Opferwilligkeit, daß Ihr überzeugte Gewerkschaftler seid! Wir sind es unserer Ehre und unserer, auf dem Schlachtfelde für die Freiheit unseres Vaterlandes kämpfenden Kollegen schuldig, dafür zu sorgen, daß, wenn unsere Kollegen sieggekrönt aus dem Felde zurückkehren, dieselben eine geordnete, leistungsfähige Organisation vorfinden, damit dieselbe dann in der Lage ist, ihre Hauptaufgaben, Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, zum Besten aller Kollegen durchzuführen.

Wilhelmshaven. Herrscht infolge des Krieges fast in allen Städten vermehrte Arbeitslosigkeit, so können wir von Wilhelmshaven das Gegenteil berichten. Seit Beginn der Mobilisierung gibt es für uns Werftarbeiter nur noch Tag-, Nacht- und Ueberschichten. Viel Arbeit und wenig Ruhe. Angekämpft der Ernstes unserer Zeit ist dieses nur zu verständlich. Gilt es doch, unsere Seerüstung intakt zu halten. Wer wollte da nicht seine letzte Kraft aus sich herausholen, um sie in den Dienst des Vaterlandes zu stellen?

An die Fortführung geregelter Gewerkschaftsarbeit war unter diesen Umständen auch bei uns nicht gleich zu denken. Aber der 12. September sollte für unsere Kollegen doch eine kleine Ueberbroschung bringen. Sie bestand in der Abhaltung einer Besprechung, in der die gegenwärtige Lage und die Maßnahmen unseres Verbandes hierzu beraten werden sollten.

Ein fetter Geist belebte unsere Kollegen, die, trotz der bisherigen vielen Ueberschichten, nicht die Mühe scheuten, ein paar Stunden zu opfern. Eine Freude war's, 90 Prozent der am Orte befindlichen Mitglieder an der Besprechung teilnehmen zu sehen. Unser Bezirksleiter Vogler verstand es, den Kollegen die Maßnahmen unseres Verbandsvorstandes greiflich zu machen. Als Kollege Vogler unter anderem auch bekannt gab, daß in fast allen dem Nordischen Bezirk angeschlossenen Zahlstellen schon Extrabeiträge bezahlt wurden, da loberte es hell auf in den Augen der Anwesenden als wollten sie sagen, was andere können, das werden auch die Wilhelmshavener freudig tun. Das Resultat der Zusammenkunft unserer Kollegen war demnach ein sehr erfreuliches.

Erstens gewöhnten wir uns, alles zu tun, um das Gewerkschaftsleben am Orte aufrecht zu erhalten.

Zweitens beschloßen die Kollegen einmütig, wöchentlich einen Extrabeitrag von mindestens 50 Pfg. zu entrichten. Die Ledigen wollten infolge des guten Verdienstes mehr tun. Das gehört sich auch so. Mit dem Wunsche, daß dem Willen auch die Tat folgen möge, verabschiedeten sich die Kollegen.

Wilhelmshaven. Seit längerer Zeit hat in unserer Zahlstelle nicht mehr so recht geklappt. Der gewerkschaftliche Geist, das solidarische Fühlen und Handeln war den Kollegen fast ganz abhanden gekommen. Als nun die Mobilisierung kam, drohte die Zahlstelle ganz zusammenzubrechen. Durch diese Tatsache aufgerüttelt, veranstalteten die Kollegen wieder eine Versammlung. Diese fand am Sonntag, den 13. September statt, und war mit zwei Ausnahmen von allen Kollegen besucht. Der Kollege van Heckeren legte im Namen der Kollegen ein Schuldbekenntnis ab und sagte, daß es so wie bisher nicht weitergehen dürfe. Hierauf setzte Kollege Henrichs in einer längeren Vorrede den Kollegen auseinander, wie der Verband sich den veränderten Verhältnissen anpassen müsse. Die Hauptaufgabe bestche jetzt darin, der großen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Große Mittel mußten zur Unter-

Führung der Arbeitslosen bereit gehalten werden. Es sei daher höchste Pflicht eines jeden Kollegen, die Beiträge pünktlich und ohne Kürzung zu zahlen. In M.-Heißen hätten die Metallarbeiter mit günstigen Verhältnissen zu rechnen. Die Mehrzahl sei bei Krupp in Essen beschäftigt, wo bekenntlich Hochkonjunktur herrsche. Die Mitglieder hätten daher auch die vornehmste Pflicht, Extragebühren zu opfern und für den Vertrieb der Extramarken Sorge zu tragen. Hier sei auch die Voraussetzung für eine rege Agitation gegeben. Auf diesem Gebiete müsse gerade jetzt mit besonderer Fähigkeit und Ausdauer gearbeitet werden, damit der Verband für etwaige Verluste an anderen Orten Ersatz bekommt. Kollegen, die in der gegenwärtigen Zeit der Prüfung der Organisation untreu würden, seien mit Streikbrechern auf eine Stufe zu stellen. Daß sich in Heißen keine finden dürften, der diesen Makel auf sich laden wollte, sei wohl selbstverständlich. In der Aussprache stimmten die Kollegen dem Referenten durchaus bei. Es wurde noch hervorgehoben, daß die Zahlstelle M.-Heißen, im Bereich der Verwaltungsstelle Mülheim-Oberhausen, schon einmal an erster Stelle gestanden habe. Die Kollegen gelobten sich gegenseitig, alles daran zu setzen, um die verlorene Position wieder zu erringen. Die Versammlungen sollen von jetzt ab jeden ersten Sonntag im Monat, abends um 6 Uhr, stattfinden. Kein Kollege darf in Zukunft fehlen. Hoffentlich wird von den Kollegen das gegebene Wort gehalten, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. S. S.

Neulges. Die Eisengießerei Fritz Hasenkamp G. m. b. H. bemüht auch die gegenwärtige schwere Krise, um ihren Arbeitern Abzüge zu machen. Die Firma ist mit genügenden Aufträgen versehen und arbeitet in der Hauptsache für die Staatsbahnverwaltung. Als die Mobilmachung erfolgte, wurde im Anschlag bekannt gemacht, daß der Betrieb weiter geführt werde, um den Arbeitern Verdienstmöglichkeiten zu geben. Ohne Lohn- und Arbeitszeitverkürzung werde es auf die Dauer nicht gehen. Bei der ersten Löhnung nach der Mobilmachung fehlten den Arbeitern 5 bis 6 Mark am Lohn. Auf Beschwerde wurde erklärt, der Meister habe sich verrechnet; jedoch haben die Arbeiter teilweise nichts zurückbekommen. Vierzehn Tage später wurde ein zweiter Anschlag angeheftet, des Inhalts, daß die Betriebskosten sich nicht gedeckt hätten, infolgedessen müsse ein weiterer Abzug an Lohn und Akkord vorgenommen werden. Bei der Abrechnung mit dem Meister erklärte derselbe, daß vom Bruttoverdienst 10 Prozent abgezogen würden. Als die Arbeiter sich hiergegen beschwerten, wurde ihnen bedeutet, wer dafür nicht arbeiten wolle, könne gehen. Von dem Verdienst der vierzehntägigen Löhnung wurde dann auch den Arbeitern 10 Prozent abgezogen. Vorher war den Gussputzern schon auf Maschinenlohn 30 Pfennig, auf Rohstoffe 25 Pfennig pro 1000 Kilogramm abgezogen worden. Laut Arbeitsordnung findet die Löhnung am 5. und 20. des Monats statt. Fällt der 5. oder 20. auf einen Sonntag, ist die Löhnung am Tage vorher. So ist es bisher auch gehandhabt worden, jedoch glaubt die Firma jetzt auch hier Änderungen vornehmen zu müssen. Da der 20. September auf den Sonntag fiel, mußte am 19. Löhnung sein. Es wurde aber einfach angekündigt, daß die Löhnung nicht fertig sei und deshalb am 21. September gelohnt werde. Wie oben gesagt, arbeitet die Firma hauptsächlich für die Staatsbahnverwaltung. Sie liefert als Spezialität Rohstoffe und Maschinenteile. In der Formerei sind zirka 30 Formen beschäftigt, davon etwa 25 für die Lieferung an die Eisenbahnverwaltung. Jede Woche werden 3 bis 4 Waggons Rohstoffe versandt. Seit der Mobilmachung geht noch mehr aus dem Betriebe heraus wie vorher. Jedenfalls ist der Staat in der jetzigen Zeit der beste Auftraggeber und auch wohl der beste Bezahler und die Firma wird nicht sagen können, daß durch die Lieferungen für den Staat die Betriebsunkosten nicht gedeckt würden. Der Firma dürfte auch bekannt sein, daß Betrieben, die Staatsaufträge haben und ihren Angestellten und Arbeitern ungerechtfertigte Abzüge machen, die Aufträge entzogen werden.

Es sei nur daran erinnert, in wie scharfer, aber durchaus gerechtfertigter Weise deutsche Behörden jetzt gegen die Geschäfte vorgehen, die ihren Arbeitern ohne weiteres den Lohn verkürzen. Der Gouverneur der Festung Metz, Generalleutnant von Pelkmann, erließ diesbezüglich folgende Bekanntmachung:

„Das Gouvernement hat in Erfahrung gebracht, daß einzelne hiesige Geschäftshäuser verhandelt haben, während der Kriegszeit ihren Angestellten, die sie weiter beschäftigen, nur die Hälfte des bisherigen Gehalts zu bezahlen und die Angestellten sich in ihrer Notlage diesen Bedingungen haben fügen müssen. Abgesehen davon, daß das ganze Verhalten dieser Firmen ein ungehöriges ist, werden sie darauf aufmerksam gemacht, daß, falls die Angestellten nicht ihr volles Gehalt, und zwar auch für die verlorne Zeit ausbezahlt erhalten, der gesamte Güterverkehr für die in Frage kommenden Geschäfte unter Vorbehalt weiterer Maßnahmen gesperrt werden wird. Die Angestellten werden ersucht, diese Geschäfte bei der Ueberwachungsstelle des Gouvernements namhaft zu machen.“

Diese Stellungnahme der Behörden gegen die ungerechtfertigten Lohnrückstellungen wird ihre Wirkung auch auf die anderen Teile Deutschlands nicht verfehlen und ist zugleich ein Fingerzeig für die Arbeiter und Unternehmer.

Uebrigens konnten die oben geschilderten Verhältnisse nur in einem Betriebe einreißten, in dem die Arbeiter von der Organisation nichts wissen wollten, die Löhne ihr Geld für allerlei Kleinigkeiten ausgeben, anstatt Beiträge für die Organisation zu zahlen. Die Organisation ist allein in der Lage, auch in diesem Betriebe geordnete Zustände zu schaffen. Mögen die Arbeiter der Firma Hasenkamp aus den jetzigen Verhältnissen die notwendigen Lehren ziehen und geschlossen dem christlichen Metallarbeiterverband beitreten.

Siegen L. B. (Allgemeiner Situationsbericht)
Wenn sich die Gewerkschaftsbewegung mit ihren vielfältigen Hilfsfaktoren je für die arbeitende Bevölkerung wertvoll gezeigt hat, dann ist es im gegenwärtigen Kriegszustand der Fall. Nicht nur der arbeitenden Klasse allein kommt diese gegenwärtige Institution der Einheit der deutschen Arbeiter zugute, sondern darüber hinaus genießen die weitesten Volkskreise von ihr Nutzen, und vielfach wird erwartet, daß die Gewerkschaften auch noch diesen oder jenen dunklen Punkt unter die Lupe nehmen. In einem ganz anderen Lichte müßten darum heute die Arbeiterorganisationen auch jenen erscheinen, die früher von ihnen nichts wissen wollten. Neben der Arbeitslosenunterstützung, die manche Not stillt, fällt in unserem Bezirk noch besonders ins Gewicht, daß die Gewerkschaften das beste Gegengewicht gegen Unkenntnis und Ausbeutung sind.

„Den Verband, die Institution so segensreichen Wirkens, hoch halten!“ So tönte es uns aus manchen schriftlichen und mündlichen Abschiedsgrüßen jener Braven entgegen, die ins Feld rückten und die in jahrelangem zähen Ringen mitarbeiteten an Gedeihen der Organisation. In fast allen Kreisen der Zurückgebliebenen fand diese Parole ein ganz selbstverständliches Echo. Von einigen Ausnahmen abgesehen, hat sich denn auch die nötige Neugliederung der Verbandsträger selbst in jenen Orten vollzogen, in denen durch die Enttarnung den Kollegen nicht viel freie Zeit zur Verfügung stand. Infolge der außerordentlichen Zeit mußte der Verband größere Ansprüche an seine Mitarbeiter stellen. Vielen Neulingen wird daher das Amt im Verbandsanfang sehr schwer vorgekommen sein. Doch jetzt, nachdem die Maschine wieder läuft, könnte das Überwunden sein. Eine regelrechte Arbeitsteilung unter den Funktionären und das größte Entgegenkommen der Mitglieder helfen über alle Schwierigkeiten hinweg.

Unbedingt notwendig ist es, daß die Kollegen in den einzelnen Orten zusammenkommen und sich in den Versammlungen näher treten und gemeinsam raten und taten. Bei den 25 Gruppen und Sektionen unserer Verwaltungsstelle, die sich auf 100 Orte erstrecken, kann auch nicht immer der Verbandsbeamte zugegen sein. Der langsame Bahnverkehr nimmt so viel Zeit in Anspruch, die viel besser für die Mitglieder verwendet werden kann, ganz zu schweigen von den Kosten. Werden die Fragebogen und Berichte prompt erledigt, die Anregungen befolgt, dann läßt sich — wenn nichts außergewöhnliches vorliegt — die Angelegenheit schriftlich ebenso gut regeln, wie durch mündliche Aussprache. Eine größere Selbstständigkeit der Vorstände ist darum jetzt absolut notwendig, und wenn der Vorstand keine Versammlungen ansetzt, dann haben die Mitglieder auf die Abhaltung derselben hinzuwirken.

Von den 1200 Mitgliedern unserer Verwaltungsstelle sind ungefähr 380 zur Fahne einberufen. Durch die sich zu Anfang des Krieges zeigende Arbeitslosigkeit im sauerländischen, oberen Lohn- und im Vilsgebiet unseres Bezirkes waren 400 Kollegen arbeitslos. Mittlerweile hat der größte Teil Arbeit gefunden, wenn auch nur für drei oder vier Tage in der Woche. Im allgemeinen kann in unserem Bezirk von einer größeren Arbeitslosigkeit heute nicht mehr die Rede sein. Wer ernstlich arbeiten will und nicht wählerisch ist, kann hier schon einigen Verdienst finden.

Nicht unwesentlich haben zu diesem immerhin erfreulichen Zustand die Gewerkschaften beigetragen durch Einwirkung auf Arbeitgeber, Behörden, Handelskammern usw. Die von unserem Verband gemeinsam mit dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsverband vorgenommene Arbeitslosenzählung gab die nötige Unterlage. Durch eine Reihe Artikel mahnenden und kritischen Inhalts in der Lokalpresse wurde die Öffentlichkeit beeinflusst, was ebenfalls zur Folge hatte, daß sich mancher Arbeitgeber seiner Pflicht wieder bewußt wurde. Viele Betriebe wurden wieder eröffnet, stillgelegte Bahnbauten erneut in Angriff genommen und Notstandsarbeiten zugesagt. Nicht unerwähnt soll bleiben,

Hast Du diese Woche schon eine Kriegsfondsmarke in Dein Buch geklebt?

daß die Anregungen der Gewerkschaften bei fast allen Instanzen ein williges Ohr fanden.

Ueber die Verhältnisse in den Betrieben wird gelegentlich später ein abschließendes Urteil zu geben sein. Einige mußten sofort „zur Ordnung gerufen“ werden. Anderen „unrühmlichen Ausnahmen“ sei versichert, daß wir „Buch“ über sie führen werden, ungeschoren kommen sie nicht davon. Die größte Mehrheit der Werke hat jedoch — von Feierschichten abgesehen — keine Änderungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintreten lassen.

Einen breiten Raum unserer Tätigkeit nahm die Fürsorge für die Unterstützung der Kriegerfamilien in Anspruch. Während die Städte und größere Gemeinden sich ihrer Pflicht bewußt sind und durch besondere Organe die Unterstützung regeln lassen, konnten sich kleinere ländliche Orte nur schwer dazu aufschwingen. Für manchen dieser Gemeindevorstände mag es daher eine harte Nuß gewesen sein, als er daran „erinnert“ wurde und die von unserem Verbandsverbande gelieferten gedruckten Antragsformulare auf Kriegsunterstützung ausgefüllt auf den Tisch seiner Amtsstube gelegt wurden. Alles Rationieren und Betuern, die Gemeinde habe kein Geld, die Unterstützung sei nur für die Städte, Notdürftige seien nicht im Orte usw. half nichts. Durch die von uns nachdrücklich vertretene und gegebene Anregung kam vielerorts erst „Leben in die Bude“ und manche Familie erfreut sich dadurch dieser Unterstützung, die sie sonst entweder überhaupt nicht oder recht spät erst erhalten hätte.

Nicht minder erfolgreich waren unsere indirekten Einwirkungen auf höhere Instanzen, ihrerseits die Arbeitgeber zu veranlassen, daß diese für ihre im Kriege stehenden Arbeiter die Beiträge zu den Krank- und Knappschaftskassen zahlten. In Siegen selbst haben sich bis auf vier Werke alle dazu bereit erklärt. Von einigen Außenorten steht das Ergebnis noch aus. Auch hierüber wird später noch ein Wort zu sagen sein.

Der wichtigen Frage der Lebensmittelpreiserhöhung ist ebenfalls ein maßvolles Auge geschenkt worden. In fast allen größeren Orten sind zudem in einer ganzen Reihe von Sitzungen und Versammlungen die einschlägigen kriegsärztlichen Fragen, sowie die Maßnahmen unseres Verbandes in der eingehendsten Weise besprochen worden oder es wird noch geschehen. Allgemein wurde ein lebhaftes Interesse und Zustimmung für unsere Anordnungen bekundet. In den ersten paar Wochen haben nicht weniger als 22 Kriegerfrauen in Fragen der Kriegsunterstützung, Steuer-, Versicherungs- und dergleichen Angelegenheiten sich auf unserem Bureau Auskunft geholt. Eine Reihe Gewerbetreibender wurden schriftlich angesprochen, um durch die Kriegslage zu Unrecht entlassene Kollegen zu ihrem Rechte zu verhelfen.

So ist von uns alles mögliche geschehen, um die zurückgebliebenen Kollegen und für die Familien unserer Krieger in diesen schweren Tagen aufs Beste zu sorgen. Der Verband wachte seinen Mitgliedern die Treue. Er ging bis an die äußerste Grenze und wird es auch für die Zukunft tun. Treue am Treue! So muß darum die Parole lauten. Selbst das allergrößte Sturmgewitter darf uns in der Pflicht-

erfüllung zum christlichen Metallarbeiterverband nicht erschüttern. Dann wird nach dem Kriege auch wieder mit Volldampf an der Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gearbeitet werden können.

Den Heldentod
für
das Vaterland starben im Kampfe
folgende Kollegen:
August Wehner, Hambach
Jos. Kopp, Menden
Jos. Scherer, Rohlscheid
Hermann Cornelius, Essen
Kaver Wiedmann, Sonthofen
Wilhelm Hölcher, Gelsenkirchen
Ernst Löns, Gelsenkirchen
Otto Brunenberg, Gelsenkirchen
Peter Siepmann, Hagen
Wilhelm Becker, Gevelsberg
Ludwig Siltgens, Schalksmühle
Franz Bilecki, Danzig
Mois Pauli, München
Franz Thranberend, Lippstadt
Jakob Mayers, Solingen-Wald
Joseph Linder, Reichshofen.

Das Andenken dieser Kollegen wird im christlichen Metallarbeiter-Verband stets in Ehren gehalten.

Sterbetafel

Augsburg. Unser treuer Kollege Josef Bauer, Kupferschmied, starb am 29. September im 31. Lebensjahre an einem chronischen Lungenleiden.

Düsseldorf. Am 27. September starb im Alter von 51 Jahren unser teurer Kollege Josef Neuhausen an Magen- und Darmkrebs.

Essen (Ruhr). Unser lieber Kollege Anton Pennig ist an Tuberkulose gestorben.

Sulzbach. Am 14. September starb unser lieber Kollege Fr. Falk im Alter von 54 Jahren an Lungenleiden.
Ehre ihrem Andenken!

Briefkasten

Verschiedene Berichte mußten wegen Raummangel zurückgestellt werden.

Versammlungs-Kalender
Kollegen und Kolleginnen!
Versäumt ohne Grund keine Versammlung!

Sonnab., den 11. Oktober.

Ehingen. Vormittags 11 Uhr im Hüttenheim.
Essen-Werden. Abends 7 Uhr bei Burgmann.
Essen-Altenhof. Abends 7 1/2 Uhr bei Trippel.
Essen-Altenhof. Abends 7 Uhr bei Esser.
Essen-Altenhof. Abends 7 1/2 Uhr bei Winterhoff.
Essen-Hüttenfeld. Abends 7 Uhr bei Bremmekamp.
Gelsenkirchen. Morgens 10 1/2 Uhr bei Dirkes, Vereinsstr. 59.
Oberhausen. Nachmittags 3 1/2 Uhr bei Kemmerling, Königsstraße.

Sonnab., den 18. Oktober.

Bielefeld, Ortsverwaltung. Nachmittags 4 1/2 Uhr bei Debour, Herforder Straße 34, Vierteljahrs-Generalversammlung. Mitgliedsbuch berechtigt zum Eintritt.

Essen, Ortsverwaltung. Abends 7 1/2 Uhr Quartals-Generalversammlung im Rath. Vereinshaus, Essen-West, Unterdorffstraße. Außer Quartals- und Kassenericht Referat des Reichstagsabgeordneten Kollegen Giesberts über: „Krieg und Arbeiterchaft“. Mitgliedsbuch legitimiert.

Osnabrück. Vormittags 10 1/2 Uhr in Osnabrück, Johannisstr. 86, Generalversammlung der Ortsverwaltung. Mitgliedsbuch berechtigt zum Eintritt.

Ganz vorzüglich
und speziell für kurze Pfeifen sind die berühmten Sorten

Knirps-Krüll Nr. 25 1/4 Pfeil. 25
Nr. 30 3/4 Pfeil. 30 1/2

überall käuflich!

Odenkott — Nees am Rhein.

Prima Ruzschinken
ver Pf. 1.20 Mt. Durchwachs.
Eberl, v. Pf. 85 Pf. Mettwurst hat, Brechtwurst, Leberwurst v. Pf. 70 Pf. Kaiserjagdwurst und Brechtbrot ver Pf. 90 Pf. Cervelatwurst u. Salami ver Pfund 1.20 Mt. empfiehl ver Nachnahme
Carl Böger, Wurstfabrik, Glogau.

Die altbewährte, preisgeordnete nicht einlaufende
Blitz-Wolle
Dackwolle, Baumwollwolle, platt wolle
Nadeln, auch in Pelz- (Mutter-Strick) etc.
Erfurter Garnfabrik
Hollferant
in Erfurt, W. 258.